

# Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich nachmittags um 4 Uhr. Preis pro Monat 2 RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf. Alle Vorkosten, Postkosten, unsere Anzeigen u. Geschäftsstellen nehmen je nach Zeit und Stelle höherer Gehalt oder Gehalt über 1000 Mark monatlich kein Ansehen. Die Redaktion des „Wilsdruffer Tageblatt“ ist in Wilsdruff, Dresden, am Markt 10. Telefon 1000. Die Redaktion des „Wilsdruffer Tageblatt“ ist in Wilsdruff, Dresden, am Markt 10. Telefon 1000.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend



Angabe der Preisliste laut amtlicher Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Pf. — Werscher- und Anzeigenpreise werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Werscher- und Anzeigenpreise werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Werscher- und Anzeigenpreise werden nach Möglichkeit berücksichtigt.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt des Finanzamts Rosten sowie des Forstrentamts Tharandt.

amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rosten sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 153 — 97. Jahrgang      Drahtschrift: „Tageblatt“      Wilsdruff-Dresden      Volkszeit: Dresden 2640      Montag, den 4. Juli 1938

## SDP-Träger völkischer Arbeit

### Massenbesuch in Komotau

Das „Fest aller Deutschen“ in Komotau erreichte seinen großartigen Höhepunkt. Eine unübersehbare Menschenmenge zog in musterhafter Ordnung und Disziplin durch die Straßen. Sieg-Heil-Rufe und deutsche Lieder grüßten die Kolonnen der sudetendeutschen Bewegung, die Spielmannszüge der Jungmännerschaft, die Formationen des sudetendeutschen Arbeitsdienstes und die Trachtengruppen. In der Hauptversammlung des Bundes erklärte der Beauftragte Konrad Henlein für Volkssorgen, Abgeordneter Ingenieur Franz Künzel, u. a.: Die Rot hat uns zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeführt. Wenn wir feststellen können, daß mehr als 300 000 Sudetendeutsche in der Sudetendeutschen Partei vereinigt sind, dann dürfen wir füglig behaupten, daß unsere Partei schließlich die Volkssorgen und damit auch der Träger der gesamten völkischen Arbeit ist. Ihr Wirken gilt im Sinne der Schicksalsgemeinschaft dem notwendigen einheitlichen völkischen Ziel. So ist die Partei auch Träger der völkischen Selbstverwaltung. Es ist folglich nur zu verständlich, daß sich die verschiedenen Verbände und Vereine der einheitlichen Führung unterordnen. Deshalb haben wir auch die wichtigsten völkischen Verbände nach Auffrag geladen, wo wir die Gründung eines Sudetendeutschen Verbandes vornehmen wollen. Als Träger unserer Volkssorgen kommen in Zukunft zwei Organisationsformen in Frage: auf der einen Seite die Parteiorganisation mit ihren festen, die Gesamtheit unserer Volksgenossen umfassenden örtlichen Parteigemeinden, und andererseits jene Organisationsformen, die uns durch die Selbstverwaltungsbefugnisse gegeben sind, die uns Deutschen hierzulande eingeräumt wurden oder noch eingeräumt werden müssen. Unsere örtliche Selbstverwaltung soll ein Beispiel wirklicher völkischer Selbstverwaltung sein. Man kann uns in keinem Falle jene Selbstverwaltung nehmen, die wir schon heute in der Sudetendeutschen Partei praktisch verwirklicht haben.

### Konrad Henlein in Komotau

Eingliederung des „Bundes der Deutschen“

Nachdem in der Nacht zum Sonntag eine ergreifende Totenfeier stattgefunden hatte, wurde am Sonntag die Hauptversammlung des „Bundes der Deutschen“ abgehalten. Kreisleiter Abgeordneter Dr. Zippellus führte u. a. aus: Wir Sudetendeutschen stehen in einem entscheidenden Abschnitt unserer Geschichte. Jeder einzelne hat seine Pflicht zu erfüllen, denn alle trennenden Schranken sind gefallen und Konrad Henlein ist unser Führer und unser Symbol der Einheit. Bundesführer Wehrenfennig erklärte: „Ich habe mich persönlich von Anfang an Konrad Henlein unterstellt. Ich habe ihm auch in schweren Tagen die Treue gehalten und mein Glaube ist gerechtfertigt worden.“ Der Antrag des Bundesführers auf Eingliederung des „Bundes der Deutschen“ in den „Sudetendeutschen Verband“ wurde einstimmig angenommen und mit der Notwendigkeit begründet, eine einheitliche Leitung des gesamten Sauerbundeswesens innerhalb der sudetendeutschen Volksgemeinschaft zu schaffen. Mittags füllte eine nach Zehntausenden zählende Menschenmenge den Marktplatz und die Zufahrtsstraßen. Unbeschreiblicher Jubel begrüßte Konrad Henlein. Dann begann der größte Aufmarsch, den das Sudetendeutentum bisher überhaupt erlebt hat. Über 100 000 Menschen hatten sich eingefunden, um am

„Fest aller Deutschen“ teilzunehmen. Jeder, der diese Stunden miterleben konnte, muß zugeben, daß das Sudetendeutentum den tiefsten Beweis seiner Einmütigkeit, Geschlossenheit und Disziplin geliefert hat. Den Vorbeimarsch nahmen Konrad Henlein, Bundesführer Wehrenfennig, der Stellvertreter Konrad Henlein, Abgeordneter Frank, und Abgeordneter Kund, ab. Im Zuge schritten jung und alt. Die Begeisterung erreichte ihren Höhepunkt bei der dem Festzug folgenden Respektumgebung auf dem Festplatz, Kopf an Kopf stand die Menge. Nach einer kurzen Ansprache überreichte Wehrenfennig dem Führer der Sudetendeutschen, Konrad Henlein, das erste Goldene Ehrenzeichen des „Bundes der Deutschen“. Von nicht endenwollendem Beifall und mit Heirufen begrüßt, nahm dann Konrad Henlein das Wort: „Man kann uns knechten, aber nicht vernichten. Man kann uns drücken, kann uns bitter behandeln, aber man kann unseren Geist und Willen nicht tot machen.“

### Zimmer wieder tschechische Schikanen

Wie das sudetendeutsche Blatt „Die Zeit“ aus Prachatic im Böhmerwald meldet, beabsichtige der dortige deutsche Turnverein sein 50jähriges Gründungsfest im Rahmen eines großangelegten Turnfestes zu begehen. Da aber die Ortsbehörden der tschechischen Staatspolizei das reichhaltige Programm derart zusammenstreich, daß nur ein Bruchteil davon noch übrigblieb, hat der Turnverein von der Abhaltung des Festes überhaupt Abstand genommen.

### Gegen Lügen und Verdrehungen

SDP stellt richtig

Das Presseamt der Sudetendeutschen Partei teilt mit: „In böswilliger Verdrehung der Tatsachen versuchen einige tschechische Blätter gleichzeitig den Bericht über die Sitzung des parlamentarischen Klubs der Sudetendeutschen Partei und Karpaten-ukrainischen Partei und den Artikel des Abgeordneten Kund in der „Mundschau“ vom 2. Juli derart auszuliegen, als ob die Sudetendeutsche Partei eine Lösung des Nationalitätenproblems und irgendwelche Vorschläge der Regierung ablehnt habe. Das Communiqué über die Sitzung des parlamentarischen Klubs der Sudetendeutschen Partei, Karpaten-ukrainischen Partei sowie der Artikel der „Mundschau“ deuten allerdings die Schwierigkeiten an, die einer Totallösung immer noch entgegenstehen, und warnen vor Scheinlösungen, allen Halbheiten und einseitigen Maßnahmen. Die Sudetendeutsche Partei kann und könnte keine Stellung zum sogenannten Nationalitätenstatut beziehen, da ihr lediglich der Entwurf eines Sprachengesetzes, das außerhalb des Statutes geregelt werden soll und nur ein Teilstück des eigentlichen Statutes ist, übergeben worden ist. Erst in der nächsten Woche soll der Sudetendeutschen Partei die Hauptmaterie zugestellt werden. Eine Neuherung der Sudetendeutschen Partei zu den Vorschlägen der Regierung kann daher erst dann erfolgen, wenn das Nationalitätenstatut im ganzen vorliegt. Ebenso ist die Stellungnahme der Regierung zu den von der Sudetendeutschen Partei am 29. Mai mündlich, und am 7. Juni schriftlich dargelegten Lösungsvorschlägen ausständig. Die Ausführungen gewisser Blätter sind daher wahrheitswidrig und nur geeignet, Störungen hervorzurufen und die Deffenlichkeit des In- und Auslandes irrezuführen.“

### Hütet euch vor Spionage-Agenten!

Eine eindringliche Warnung

Im August des Vorjahres warnte die gesamte deutsche Presse vor gewissen Methoden der gegen Deutschland arbeitenden Spionage. Eigens von der Zeitung dieser Spionage gegründete sogenannte „Kreditinstitute“ und „Pressekonzerne“ versuchten durch ihre Beauftragten, in Not geratene oder ahnungslose deutsche Volksgenossen zum vorläufigen oder fabriksigen Verrat von Staatsgeheimnissen zu verleiten. Neuerdings glauben gewisse Agentenvererber der ausländischen Spionage, in Deutschland habe man diese Aufklärung und Warnung bereits wieder vergessen. In der letzten Zeit sind in deutschen und ausländischen Zeitungen mehrfach wieder Inserate folgenden und ähnlichen Inhalts erschienen: „Tüchtige Mitarbeiter gesucht für verkehrstechnisches Beiblatt (auch Flugpost) einer neutralen Auslandszeitung. Ausführliche Angebote an Bureau Telegraf, Amsterdam (Holland).“ Volksgenossen, die sich hierauf meldeten, wurden aus dem Auslande brieflich aufgefordert, Originalmaterial über wehrtechnische, wehrwirtschaftliche und flugtechnische Fragen einzusenden. Unterzeichnet waren diese zur Anbahnung von Spionagebeziehungen bestimmten Schreiben von Dr. Robert Waringer-Lins und Dr. Philipp R. Malin, beide in Paris. Hinter diesen Versuchen und Decknamen steht einwandfrei die Spionagezentrale einer westeuropäischen Macht. Vor einer Verbindung mit diesen Spionageagenturen des Auslandes wird ein für allemal eindringlich gewarnt. Die deutsche Landesvertragsabteilung ahndet vorsätzlichen Verrat mit der Todesstrafe, fabriksigen Verrat aus Leichtfertigkeit, Unachtsamkeit oder Geltungsbedürfnis mit hohen Gefängnisstrafen.

regierung hat in den letzten Jahren mit gesuchten Begründungen immer neue Maßnahmen zur Unterdrückung des Deutentums in Südwestafrika ergriffen, die das Deutentum mit musterhafter Disziplin hingenommen hat. Wie schon oft in letzter Zeit, wird hier wiederum der Versuch gemacht — diesmal durch eine unsinnige Verquickung der Südwestfrage mit der sudetendeutschen Frage — einen Streit zu provozieren, der bisher gar nicht besteht, da in Südwest seit Jahren völliges Einvernehmen zwischen den deutschen und den südafrikanischen Bevölkerungsstellen herrscht.

Die Absicht, die mit solchen Alarmnachrichten bezweckt wird, ist nur zu durchsichtig. Man hofft, daß bei der gesamten Atmosphäre, die augenblicklich in der Weltpresse wegen der sudetendeutschen Frage besteht, durch eine Verquickung sudetendeutscher und Südwestfrage Angelegenheiten die Aufmerksamkeit der Deffenlichkeit auf Südwestafrika gelenkt wird, und versucht, durch provozierende Forderungen einen Streit mit dem Deutentum vom Jahre zu brechen. Würde sich das Deutentum gegen diese Forderungen wehren, dann würde die lächerliche Auslandspresse sofort ein Geschrei über „Razi-Agitation“ in Südwestafrika erheben, und die Mandatsregierung hätte endlich mit Bezug auf Südwestafrika die politische Situation geschaffen, in der sie im trüben Wasser zu können glaubt. Wenn es auch eine Selbstverständlichkeit ist, daß das Deutentum in Südwest der Mandatsregierung nicht den Gefallen tun wird, sich durch Provokationen aus der Ruhe bringen zu lassen, so muß doch schon jetzt vor aller Deffenlichkeit festgestellt werden, daß wie in anderen Teilen der Welt so auch in Südwestafrika nicht die Deutschen die Rubelherren sind, zumal nicht sie, sondern nur die anderen aus politischen Unruhen Vorteile erlangen können.

### Neue Abrechnung Bürckels

Die politischen Häftlinge in Oesterreich

Vor den Politischen Leitern der Steiermark rechnete Reichskommissar Gauleiter Bürckel erneut mit den Kreuzfahrern ab. Die Erhebung Oesterreichs sei ausschließlich von dem großen Gefühl des Stolzes beherrscht gewesen. Die Menschen hätten nicht etwa nach sowjetrussischem Muster gemordet und geplündert, sondern hätten überaus lächelnd dem Führer zugelächelt. „Dieser Weg ging nicht über Leiden“, so erklärte der Reichskommissar, „sondern über den Weg einer zum allergrößten Teil aufrichtigen Verbrüderung. Hat etwa von diesem unerhörten, einzig dastehenden Vorgang eine gewisse Auslandspresse Notiz genommen?“

Bürckel ging dann auf die Kreuzfahrer ein, daß in Oesterreich 20 000 Juden eingesperrt worden seien und gab bekannt, daß zur Zeit im ganzen einschließlich der Juden in Oesterreich 3780 politische Häftlinge festgehalten würden. Das Judenproblem werde kompromisslos gelöst werden, denn die Juden hätten als übernationaler Klasse Eigenschaften, die ungeeignet seien, im deutschen wirtschaftlichen und kulturellen Geschehen eingeschaltet zu werden.

Gauleiter Bürckel nahm noch zu dem Fremdenverkehrsproblem Stellung und setzte sich für eine größere Fahrpreismäßigung für Reisen nach Oesterreich ein. Ferner betonte er, daß die Preise im Fremdenverkehr ausnahmslos überwachbar würden.

## Brunnenvergiftung in Südwest

### Hege gegen das Deutentum

In der Südafrikanischen Union ist eine neue Aktion in der Frage des Mandatsgebietes Südwest in Szene gesetzt worden. Artikel englischer Zeitungen laufen parallel zu Neuherungen südafrikanischer und Südwest-Abgeordneter. Der Südwest-Abgeordnete Lardner-Barke erklärte in einem Interview, daß in Südwest die Deutschen „ebenso sympathisch und zuvorkommend“ behandelt würden wie in der Tschecho-Slowakei. (!) Trotzdem sei es wahrheitsgemäß, daß die Südwestler über kurz oder lang dasselbe Verlangen vorbringen würden wie die Sudetendeutschen.

Die Union habe vor 18 Jahren den „Fehler“ begangen, Südwest nicht sofort einzugliedern. Ebenso falsch sei es gewesen, die Deutschen es bloß zu naturalisieren statt jeden einzelnen um seine Einbürgerung bitten zu lassen. Die Unionsregierung müsse jetzt sofort die gegenwärtige Verfassung Südwests beseitigen und das Land eingliedern. Hiermit müsse ein neues Naturalisationsgesetz ver-

bunden werden, um mit Hilfe dieses Gesetzes rückwirkend die automatische Naturalisation auszuheben, die auf Grund des Londoner Abkommens vorgenommen worden sei. Dann müsse sich jeder Deutsche voll naturalisieren lassen. Ein solches Gesetz sei gerechtfertigt, weil Deutschland die Meinung vertritt, General Smuth habe das Londoner Abkommen mißverstanden.

Der Sekretär der Vereinigten Partei Südwests, Tsjgaard, stellte drei Forderungen auf: Erstens müsse die deutsche Pfadfinderbewegung verboten werden, zweitens müsse man den Verband Deutscher Berufsgenossen beobachten und drittens müsse man die finanzielle und redaktionelle Leitung gewisser Zeitungen in Südwest einer Prüfung unterziehen.

Nach der auch sonst geübten Methode wird hier von der südafrikanischen Presse und von südwestafrikanischen Landratsabgeordneten ganz bewußt politische Brunnenvergiftung betrieben. Die Mandats-